

Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 15. Mai 2014, 17:00 Uhr**
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

12. Juni 2014

1 von 13

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Manuel Eichler)
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Norbert Sprafke)
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Boris Mijatovic)
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Thomas Koch)
Bernd-Peter Doose, Mitglied, CDU (Vertretung für Wolfram Kieselbach)
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Heinz Gunter Drubel, Mitglied, FDP (Vertretung für Frank Oberbrunner)
Bernd Wolfgang Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER (Vertretung für Dr. Bernd Hoppe)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Reiner Sauerland, Polizeipräsidium Nordhessen
Angela Waldschmidt, Drogenhilfe Nordhessen
Jennifer Kellotat, Rechtsamt
Sandra Büchsel, Rechtsamt
Nina Djamali, Rechtsamt
Roland Beth, Rechtsamt
Bernd Reyer, Kämmerei und Steuern
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Anita Bodenbach, Bauverwaltungsamt

Manfred Niepel, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
 Heiko Lehmkuhl, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
 Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt
 Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat –III-

2 von 13

Tagesordnung:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Kassel (Stadt und Landkreis Kassel) - Rettungsdienstgebührensatzung (Leitstelle) - in der Fassung vom 08. 12. 2008 (Fünfte Änderung) | 101.17.1257 |
| 2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Tausch von Abfällen zur Verwertung zwischen Stadt und Landkreis Kassel | 101.17.1264 |
| 3. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Strom) | 101.17.1267 |
| 4. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Gas) | 101.17.1268 |
| 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren in der Stadt Kassel (Feuerwehrgebührensatzung)(Erste Änderung) | 101.17.1273 |
| 6. Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts | 101.17.1274 |
| 7. Neufassung der Parkgebührenordnung | 101.17.1275 |
| 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 27.05.2013 (Dritte Änderung) | 101.17.1278 |
| 9. Sicherheit in der Unteren Königsstraße | 101.17.1148 |
| 10. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen | 101.17.1207 |
| 11. Gesamtkonzeption zur Hilfe für Menschen aus der Trinkerszene | 101.17.1224 |
| 12. Urteil des Arbeitsgerichtes Kassel akzeptieren | 101.17.1269 |
| 13. Schadensersatz für zu unrecht erbrachte Leistungen | 101.17.1270 |
| 14. Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ neben Mülleimern | 101.17.1276 |
| 15. Projekt „Trinkraum“ | 101.17.1277 |
| 16. Konzept zur Beschaffung von Löschfahrzeugen | 101.17.1284 |
| 17. Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen | 101.17.1285 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 07.05.2014 ordnungsgemäß einberufene 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Einvernehmlich wird festgelegt, dass Tagesordnungspunkt

15. Projekt Trinkraum

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

101.17.1277

vor Tagesordnungspunkt 1 zur Beratung aufgerufen wird.

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

15. Projekt „Trinkraum“

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.1277 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat

1. Was wurde im Jahr 2013 für den „Trinkraum“ ausgegeben und wofür im Detail?
2. Wie und wo findet der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit Kooperationspartnern statt, wie es konzeptionell vorgesehen war?
3. Wie hat sich die Szene im öffentlichen Raum seit der Einrichtung des Trinkraums entwickelt?
Bitte um Einschätzung der Entwicklungen der Sicherheitslage auch aus polizeilicher Perspektive.
4. Wie werden die bisher bestehenden Alkoholverbote eingeschätzt, unter Anbetracht der bestehenden Maßnahmen (Streetwork, Trinkraum)?
5. Wird mit dem Kontaktladen „Café Nautilus“ der Drogenhilfe Nordhessen e. V. zusammengearbeitet?
6. Wie sah die begleitende Streetworkarbeit 2013 aus? Welche Mittel fließen vom Ordnungsamt in die Streetworkarbeit? Was ist für 2014 geplant?

Bürgermeister Kaiser beantwortet gemeinsam mit Herrn Sauerland, Polizeipräsidium Nordhessen, und Frau Waldschmidt, Drogenhilfe Nordhessen, die Anfrage sowie die sich im Rahmen der Diskussion ergebenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

1. **Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Kassel (Stadt und Landkreis Kassel) - Rettungsdienstgebührensatzung (Leitstelle) - in der Fassung vom 08. 12. 2008 (Fünfte Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1257 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Kassel (Stadt und Landkreis Kassel) - Rettungsdienstgebührensatzung (Leitstelle) - in der Fassung vom 08.12.2008 in der aus Anlage 2 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung (Fünfte Änderung) vorbehaltlich der Zustimmung durch den Landkreis Kassel.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

4 von 13

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Kassel (Stadt und Landkreis Kassel) - Rettungsdienstgebührensatzung (Leitstelle) - in der Fassung vom 08. 12. 2008 (Fünfte Änderung), 101.17.1257, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schäfer

2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Tausch von Abfällen zur Verwertung zwischen Stadt und Landkreis Kassel

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1264 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Tausch von Abfällen zur Verwertung zwischen der Stadt Kassel, vertreten durch die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Die Stadtreiniger Kassel, und dem Landkreis Kassel, vertreten durch die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abfallentsorgung Kreis Kassel (Anlage), wird zugestimmt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Tausch von Abfällen zur Verwertung zwischen Stadt und Landkreis Kassel, 101.17.1264, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

3. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Strom)

5 von 13

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1267 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Ergebnis des wettbewerblichen Verfahrens zur Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Strom) im Sinne des § 46 EnWG wird zur Kenntnis genommen und der abschließenden Vergabeempfehlung vom 10.02.2014 (Anlage 1) –erstellt durch die Anwaltssozietät GÖRG, Frankfurt/M.– zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, den Zuschlag im wettbewerblichen Verfahren zur Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Strom) auf das Angebot des Bieters Städtische Werke Netz+Service GmbH vom 13.05.2013 in der Fassung vom 28.08.2013 zu erteilen und den entsprechenden Wegenutzungsvertrag mit diesem Bieter abzuschließen.
Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Strom), 101.17.1267, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Trinczek

4. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Gas)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1268 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Ergebnis des wettbewerblichen Verfahrens zur Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Gas) im Sinne des § 46 EnWG wird zur Kenntnis genommen und der abschließenden Vergabeempfehlung vom 10.02.2014 (Anlage 1) –erstellt durch die Anwaltssozietät GÖRG, Frankfurt/M.– zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, den Zuschlag im wettbewerblichen Verfahren zur Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Gas) auf das Angebot des Bieters Städtische Werke Netz+Service GmbH vom 13.05.2013 in der Fassung vom 28.08.2013 zu erteilen und den entsprechenden Wegenutzungsvertrag mit diesem Bieter abzuschließen.

Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages (Gas), 101.17.1268, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

5. **Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren in der Stadt Kassel (Feuerwehrgebührensatzung) (Erste Änderung)**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1273 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren in der Stadt Kassel (Feuerwehrgebührensatzung) (Erste Änderung) in der aus Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

7 von 13

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen der öffentlichen Feuerwehren in der Stadt Kassel (Feuerwehrgebührensatzung) (Erste Änderung), 101.17.1273, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Drubel

- 6. Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1274 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, 101.17.1274, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

§ 5 Absatz (3) 1. Satz der Anlage zur Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts wird wie folgt geändert:

„§ 5 Verwaltungsrat
(3) An den Sitzungen des Verwaltungsrats **nehmen** folgende Personen mit beratender Stimme **teil**:
....“

Bürgermeister Kaiser teilt mit, dass der Änderungsantrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, rechtlich nicht umsetzbar ist.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, 101.17.1274, wird **abgelehnt**.

Im Rahmen der Diskussion bringt Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die „Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts“ wird mit den im Folgenden aufgeführten Ergänzungen beschlossen:

(1) Dem Verwaltungsrat gehören neben Vertreter*innen des Kollegiums der Oskar-von-Miller-Schule, auch Vertreter*innen des Schulleiternbeirates und der Schülervertretung mit Stimmrecht an.

(2) Die Besetzung des Verwaltungsrates erfolgt paritätisch.

(3) Die Geschäftsführung besteht aus einem Vertreter/einer Vertreterin der Schulleiterin/dem Schulleiter sowie einem weiteren Mitglied der erweiterten Schulleitung.

(4) Die Zweckmäßigkeit der Anstalt öffentlichen Rechts wird im Rahmen einer schulischen Evaluation alle 6 Jahre überprüft.

(5) Die Beschäftigten werden nach den jeweils gültigen tariflichen Regelungen des öffentlichen Dienstes bezahlt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

9 von 13

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Satzung der Stadt Kassel über die Errichtung und Organisation der Oskar-von-Miller-Schule Kassel, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, 101.17.1274, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Häfner

7. Neufassung der Parkgebührenordnung

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1275 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Parkgebührenordnung in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister, die zur Durchführung der Parkgebührenordnung erforderlichen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen zu treffen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister weiter, die Gebührenpflicht im Zentrum, in der Parkgebührenzone Zentrum II (Bad Wilhelmshöhe) und in der Parkgebührenzone II mindestens auf den Zeitraum Mo. – Sa. 09:00 bis 20:00 Uhr und auf dem Willy-Brandt-Platz und in der Bertha-von-Suttner-Straße mindestens auf den Zeitraum Mo. – So. 09:00 – 20:00 Uhr straßenverkehrsbehördlich festzusetzen.“

Im Rahmen der Diskussion bringt Stadtverordnete Köpp, Fraktion B90/Grüne, folgenden Änderungsantrag für ihre Fraktion ein.

➤ Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

§ 10 der Neufassung der Parkgebührenordnung (Anlage 1) wird wie folgt geändert:

§ 9 dieser Ordnung tritt mit dem Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Im Übrigen tritt sie am 29. September 2014 in Kraft; gleichzeitig tritt die Parkgebührenordnung vom 14.12.1998 in der Fassung der Dritten Änderung vom 01.07.2013 außer Kraft.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne betr. betr. Neufassung der Parkgebührenordnung, 101.17.1275, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Als 4. Punkt wird ergänzt:
Der Magistrat wird beauftragt mit der KVG auszuhandeln, Parkscheine bei Großveranstaltungen als Tagesticket für den ÖPNV einsetzen zu können.

In § 9 der Parkgebührenordnung wird die Parkgebühr für

- Krafträder auf 50 % der Höhe des Preises eines Multitickets KasselPlus
- Pkw auf die Höhe des Preises eines Multitickets KasselPlus
- Kleinbusse/Wohnmobile auf das 1,5fache des Preises eines Multitickets Kassel Plus
- Reisebusse und Kfz mit Anhänger auf das 2fache der Höhe des Preises eines Multitickets KasselPlus

festgesetzt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Neufassung der Parkgebührenordnung, 101.17.1275, wird **abgelehnt**.

11 von 13

➤ **Durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Parkgebührenordnung in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen und **in der im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am 15. Mai 2014 erarbeiteten Fassung**.
2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister, die zur Durchführung der Parkgebührenordnung erforderlichen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen zu treffen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister weiter, die Gebührenpflicht im Zentrum, in der Parkgebührenzone Zentrum II (Bad Wilhelmshöhe) und in der Parkgebührenzone II mindestens auf den Zeitraum Mo. – Sa. 09:00 bis 20:00 Uhr und auf dem Willy-Brandt-Platz und in der Bertha-von-Suttner-Straße mindestens auf den Zeitraum Mo. – So. 09:00 – 20:00 Uhr straßenverkehrsbehördlich festzusetzen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderten Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Parkgebührenordnung, 101.17.1275, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Aydin

8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 27.05.2013 (Dritte Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1278 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 27.05.2013 (Dritte Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“ 12 von 13

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 27.05.2013 (Dritte Änderung), 101.17.1278, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

9. Sicherheit in der Unteren Königsstraße

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1148 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1207 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Gesamtkonzeption zur Hilfe für Menschen aus der Trinkerszene

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1224 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Urteil des Arbeitsgerichtes Kassel akzeptieren

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.1269 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Schadensersatz für zu unrecht erbrachte Leistungen

Anfrage des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.1270 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Modellprojekt „Flaschensammelbehälter“ neben Mülleimern

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.1276 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

16. Konzept zur Beschaffung von Löschfahrzeugen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1284 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

17. Gewalt und Sicherheit bei Fußballspielen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1285 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:07 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Herschelmann
Schriftführerin